

Zeitschrift: Jahrbuch Oberraargau : Menschen, Orte, Geschichten im Berner Mittelland
Herausgeber: Jahrbuch Oberraargau
Band: 40 (1997)

Artikel: 36 Jahre Regierungsstatthalter
Autor: Schaffer, Emil
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1071370>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

36 Jahre Regierungsstatthalter

Emil Schaffer

Einleitung

Im Blick auf den grossen Umfang der Amtstätigkeit als Regierungsstatthalter des bernischen Amtsbezirks Aarwangen ist es ein recht heikles Unterfangen, über die von 1953 bis 1989 geleistete Arbeit zu berichten. Die Meinung ist verbreitet, es sei nicht gut, mit dem Regierungsstatthalter zu tun zu haben. Dem ist natürlich, mit wenigen Ausnahmen, nicht so. Ich verweise auf die Vielzahl der konkreten Aufgaben und Befugnisse, rund 620 an der Zahl, die man nicht ohne Grund der regionalen Staatsverwaltung zugewiesen hat. Sie alle darzustellen, würde zu weit führen. Aber es schadet nichts, den Lesern einen Überblick über eine Anzahl allgemein interessierende Aufgaben und Begebenheiten zu vermitteln. Sie sind vorwiegend in den Jahresberichten des Regierungsstatthalteramtes an den Regierungsrat enthalten. Diese wurden und werden bewusst auch als recht umfassende Chronik des öffentlichen Geschehens im Amtsbezirk abgefasst.

Die Wahl

Am 15. März 1953 wurde ich im Alter von 29 Jahren mit 3442 Stimmen gewählt; auf meinen Gegenkandidaten, Fürsprecher Hans Gruber, entfielen 2903 Stimmen. Die Wahl eines doch verhältnismässig jungen und politisch rege tätigen Mannes löste Überraschung und in anderen politischen Kreisen auch einige kritische Reaktionen aus. Der Amtsantritt erfolgte am 18. Mai 1953. Zuvor hatte ich sieben Jahre lang auf der Gemeindeverwaltung Langenthal im Bereich Fürsorge, Amtsvormundschaft, Zivilstandsamt gearbeitet. Verwaltungsarbeit war mir geläufig, erhielt ich



Das Amthaus in Langenthal zur Zeit Emil Schaffers. Aufnahme Verfasser.

doch auf der Gemeindeverwaltung Bolligen als Lehrling und Angestellter, dem Polizeiinspektorat Burgdorf und dem Regierungsstatthalteramt Thun bereits einen guten Einblick in mein neues Tätigkeitsfeld. Besonders in Erinnerung geblieben ist mir die Beeidigung vor dem Gesamt-Regierungsrat, wo ich herzlich, ja fast väterlich empfangen wurde.

Offizieller Vertreter des Regierungsstatthalters während Ferien, Krankheit und anderen Absenzen ist der vom Regierungsrat gewählte Amtsverweser. Bis Ende Juli 1970 wurde ich durch Fürsprecher Beat Müller vertreten und alsdann durch Fürsprecher Hans Ulrich Engler.

Allgemeiner Aufgabenbereich

Gemäss Artikel 93 der bernischen Staatsverfassung erfüllen die Regierungsstatthalter insbesondere folgende Aufgaben: Sie

- vertreten den Regierungsrat;
- überwachen den ordnungsgemässen Gang der Bezirksverwaltung und beaufsichtigen die Gemeinden;
- sind in den von der Gesetzgebung bezeichneten Fällen Bewilligungs-, Genehmigungs-, Verwaltungsjustiz- und Vollzugsbehörden;
- wirken als Polizeibehörde und erfüllen in ausserordentlichen Lagen Führungs- und Koordinationsaufgaben.

Natürlich hat man als Regierungstatthalter die gesetzlichen Vorschriften einzuhalten und darauf zu achten, dass dies auch bei den beaufsichtigten Behörden, Amtsstellen und weiteren Funktionären der Fall ist.

Die Volkswahl gibt dem Regierungstatthalter eine gewisse Unabhängigkeit und Volksnähe, so dass er recht oft zwischen Volk, Gemeinden und staatlicher Zentralverwaltung als Vermittler, oder aktueller ausgedrückt, als «Ombudsmann» bzw. «Ombudsfrau» in Erscheinung tritt. Eine feste Haltung und Autorität inmitten zweifelhafter Zeiterscheinungen war mir immer ein Anliegen. Ausserdem hat man gegenüber den Wählern die Pflicht, sein Wissen und seine Fähigkeiten zu erweitern. Mein besonderes Interesse galt dabei dem öffentlichen Recht, sozialen Fragen und psychologischen Erkenntnissen.

«Mein» Amtsbezirk

Der Amtsbezirk Aarwangen ist geografisch und demografisch gut überblickbar und hat eine ideale Grösse. – Die Anzahl der gemeinderechtlichen Körperschaften entspricht ebenfalls einer den Aufgaben und Verhältnissen angemessenen Grösse. Anfang 1989, kurz vor meinem Rücktritt, waren es deren 82, nämlich 25 Einwohnergemeinden, 19 Bürgergemeinden und burgerliche Korporationen, 12 Kirchgemeinden, 21 Gemeindeverbände und 5 Schwellenbezirke.

Im Verlaufe einer langjährigen Amtstätigkeit erwirbt man einen umfassenden Überblick, lernt zum allgemeinen Vorteil mehr oder weniger alle Örtlichkeiten kennen und kommt mit vielen Mitmenschen in Kontakt. – Es gibt verschiedene Auffassungen vom Begriff «Heimat». Nach meiner Erfahrung kann man sehr wohl an zwei Orten verwurzelt sein: Da, wo man seine Jugendzeit verbracht hat und da, wo man seiner Berufung folgend und mit Hingabe eine neue Geborgenheit und neue Quellen ge-

funden hat. Im Kantonalbankgebäude (zugleich Amthaus) beim Bahnhof fühlte ich mich wohl. Ich war schliesslich froh, nicht noch widerwillig ins neue Verwaltungsgebäude umziehen zu müssen.

Grundsätze

Wenn man Entscheide zu fällen hat, braucht es Ausgeglichenheit und Vertiefung. Man hat Gesetze anzuwenden, aber man muss sich die Auswirkungen ihrer Handhabung gut überlegen. Man darf sich nicht einseitig informieren und muss sich Zeit nehmen, um ein objektives und vernünftiges Urteil zu erarbeiten, das sich an die Grundsätze der Rechtsgleichheit, Rechtssicherheit und Verhältnismässigkeit hält. Es gehört auch Mut dazu, sinnlose Paragraphenreiterei zu vermeiden.

Ich hatte das Glück, meine Amtsgeschäfte in harmonischer Zusammenarbeit mit «nur» zwei Mitarbeitern und einer Lehrtochter oder einem Lehrling zu erledigen. Wichtig ist eine gute Verwaltungsorganisation. Ich erarbeitete, auch für mehrere Amtskollegen, einen entsprechenden Verwaltungsplan, welcher unsere Arbeit entsprechend erleichterte.

Gemeindeaufsicht

Im Rahmen der Aufsicht über die Gemeinden nahm uns die *Inspektion der Verwaltungen* von 82 gemeinderechtlichen Körperschaften im Abstand von zwei bis fünf Jahren, der Gemeindeausgleichskassen sowie jährlich der Zivilstandsämter, stark in Anspruch. Die zum Teil unzulänglichen Verhältnisse haben sich im Verlaufe der Zeit wesentlich gebessert. Wir tendierten vorweg auf eine gute Verwaltungsorganisation und feuersichere, trockene und zweckmässig eingerichtete Archive. Das führte verschiedenerorts zur Liquidierung der Aktenablage in unzähligen Couverts. Wir gaben selbst erarbeitete Verwaltungspläne ab. Ein besonderes Augenmerk richteten wir auf die Protokollführung der verschiedenen Behörden und Kommissionen, die zuvor teilweise recht dilettantisch war. Ein weiterer Schwerpunkt war die Führung der verschiedenen Register, insbesondere der Burgerrödel, für deren Führung wir Richtlinien erarbeiteten. Weisungen betrafen auch die Wertschriftenverwaltung und eine

lückenlose Überprüfung der Belege, insbesondere auch der Unterlagen des Steuereinganges. Ein besseres Kontrollsystem galt den Holzverkäufen der Burgergemeinden, umsomehr als im Verlaufe der Zeit mehrere Fälle von Veruntreuung festgestellt werden mussten. Das Inspektionsformular enthält rund 60 zu überprüfende Tätigkeiten. Wir konnten immer wieder feststellen, dass man in den Gemeinden unsere Inspektionen als Hilfe schätzte.

Amtliche Untersuchungen wegen Unregelmässigkeiten in der Verwaltungsführung gab es verschiedene, die wohl wichtigste 1959/60 wegen Kompetenz- und Kostenüberschreitungen im Zusammenhang mit Spitalbauten in Langenthal.

Alle Jahre wurden und werden sämtliche *Gemeinderechnungen*, 1988 deren 164, überprüft und, wenn die Mängel beseitigt waren, «passiert». Wichtig ist der ständige Kontakt mit und unter den Behörden und Funktionären. Dazu dienten alljährliche *Kurse und Konferenzen*, vor allem die lehrreichen Zusammenkünfte mit den Gemeindepräsidenten. Im Fürsorge- und Vormundschaftsbereich wurden sogenannte «Amtsversammlungen» mit Bildungszweck durchgeführt.

Beeidigt wurden jährlich zwischen 100 und 200 Personen, teilweise mit einem Einführungskurs in grösseren Gruppen.

Feuerwehr und Wehrdienst ist weitgehend eine Gemeindeaufgabe. Ich bewunderte das Pflichtbewusstsein und die Kameradschaft in den verschiedenen Korps, nahm deshalb auch gerne an den Inspektionen teil, leitete den Kommandantenrapport und besuchte als Gast die Ausbildungskurse. Bei grösseren Brand- oder Elementarschadenfällen wurden mit den Polizeiorganen die Brandursachenermittlung, ferner verschiedene Aufgaben für die Gebäudeversicherung wahrgenommen. Bedauern hatte ich immer mit Kindern, die eine Feuersbrunst verursacht hatten. Ich war aber der Meinung, es sei auch für sie eine Erleichterung, begangene Fehler nicht als Geheimnis mit sich tragen zu müssen. Im Rahmen der Aufsicht über die Feueraufseher und Kaminfeger wurden feuerpolizeiliche Mängel festgestellt und behoben.

Als es in einem Winter weit nebenaus brannte, die Zugangsstrasse vereist war und es lange ging, bis das erste Strahlrohr Wasser geben konnte, wurden vorerst von allen Seiten zahlreiche Feuerlöscher und mit Eimern Wasser herangebracht; es gelang, den Brandherd in der Bühne zu löschen. Ich sagte mir, dass dies eher einer Anerkennung wert sei, als ein

grosser Löscheinsatz ohne direkten Erfolg. Also erschien ich mit einer Urkunde und einem Barbetrag von der Gebäudeversicherung zur Feuerwehrhauptübung.

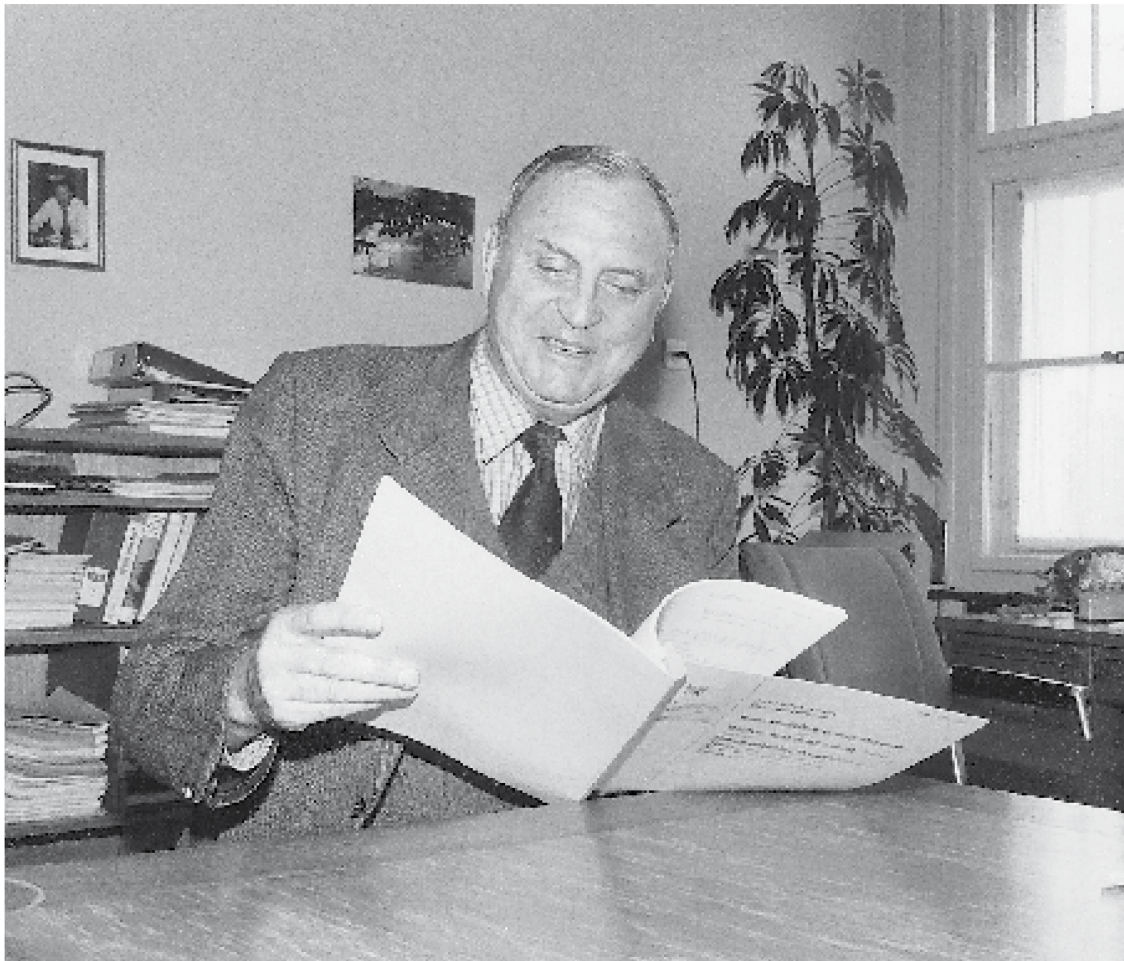
Beschwerde- und Klagebegehren

Im Vordergrund stehen da auch heute noch die Gemeinde-, Vormundschafts- und Fürsorgebeschwerden, also solche gegen Beschlüsse und Anordnungen von Gemeindeorganen. Früher musste auch über Unterhalts- und Verwandtenbeiträge entschieden werden. Die Beschwerden waren äusserst vielfältig; unter anderem hatte ich sogar über eine bestrittene Entschädigung der Viehversicherungskasse für ein geschlachtetes Rind zu entscheiden. Auch Uneinigkeiten über Gebühren, zum Beispiel Anschlussgebühren, galt es zu bereinigen. Während meiner Amtszeit sind rund 1500 Beschwerden und Klagen behandelt worden. Ich legte immer grossen Wert auf eine umfassende Begründung der Entscheide, manchmal auch mit psychologischen Überlegungen. Zu Rekursen kam es selten, und nur in fünf Fällen wurde ein Entscheid durch den Regierungsrat oder das Verwaltungsgericht geändert.

Vormundschaftswesen

Von besonderer Bedeutung ist die Aufsichtsfunktion im Vormundschaftswesen. Neben der Errichtung von Vormund- oder Beiratschaften müssen alle zwei Jahre die Berichte und Rechnungen der rund 600 Vormund-, Beirat- und Verwaltungsbeistandschaften geprüft und passiert werden. Gelegentlich mussten die Betreuungsorgane aber auch an die Notwendigkeit einer intensiveren Betreuung erinnert werden.

Unter das Vormundschaftswesen fällt überdies der Fürsorgerische Freiheitsentzug, d.h. die zwangsweise Einweisung von Geisteskranken, Alkoholikern, Drogensüchtigen und anderen Verwahrlosten in eine geeignete Anstalt. Nach früherem Recht konnte man Einweisungen in eine Psychiatrische Klinik noch ohne Arztzeugnis vornehmen. Aber ob Arzt oder Regierungsstatthalter: Die Notwendigkeit vorsorglicher Einweisung wegen möglicher Gefährdung von Dritten oder seiner selbst ist vielfach schwer



Emil Schaffer an seinem Arbeitsplatz 1987. Bild Langenthaler Tagblatt.

abzuschätzen und kann die einweisende Instanz seelisch stark belasten. Das war beispielsweise der Fall, als ich nach einer erfolglosen gerichtlichen Untersuchung gleich mehrere Personen wegen vermuteten Sexualdelikten in eine Psychiatrische Klinik einwies. Wie sich später erwies, eine berechtigte Massnahme. Ich war seitens der Gemeinde gebeten worden, mich des Falles anzunehmen.

Die uns und der Polizei bekannten, gefährdeten Personen meldeten wir den lokalen Behörden. Ich hatte aber den Eindruck, dass man nicht in allen Gemeinden die vorbeugenden Massnahmen gegenüber Alkohol- und Drogensüchtigen wie auch beim «Kindesschutz» genügend ernstgenommen hat. Selbstverständlich wurden auch die Kinder vor Verhängung von Schutzmassnahmen angehört.

Bewilligungen

Die wichtigsten und zeitaufwendigsten Bewilligungsverfahren betreffen das *Bauwesen*. Eine Höchstzahl von 357 Baubewilligungen wurde im Jahr 1967 ausgestellt. Im Rahmen der Konjunkturdämpfungsmassnahmen des Bundes stellte ein «Amtskomitee» jährlich Bauten für Millionen Franken zurück, um die Konjunktur in diesem Sektor zu bremsen. 1988 wurden noch 162 Baubewilligungen ausgestellt; freilich hatte Langenthal inzwischen erhöhte Kompetenzen erhalten. Das Baubewilligungsverfahren ist im Laufe der Jahre immer komplizierter geworden, was dazu führte, dass Bauakten den Anforderungen oft nicht genügten. Verschiedentlich wurde der Bauabschlag erteilt, so aus Gründen des Ortsbildschutzes, zum Beispiel für die Kantonalbank und das Postgebäude II in Langenthal. Mit den neuen Baugesuchen wurde alsdann eine harmonischere Eingliederung der Gebäude ins Ortsbild erreicht. Ich kann ruhig behaupten, dass wir immer speditiv gehandelt haben.

1988 wurden im *Gastwirtschaftswesen* insgesamt 1196 verschiedenartige Bewilligungen ausgestellt. Neue oder erneuerte Automatenbewilligungen gab es 136, Fischereipatente 561, Gesuche für Jagdpatente 149. Ausweiskarten für Handelsreisende wurden 31 und Gewerbelegitimationskarten 109 erteilt. Die zunehmende Kriminalität führte zu einer andauernden Zunahme der Abgabe von *Waffenerwerbsscheinen*, im Jahr 1988 deren 300. Das *landwirtschaftliche Bodenrecht* führte im gleichen Jahr zu 51 unterschiedlichen Anordnungen. In Erbfällen ordneten 382 Verfügungen die Inventarisierung.

Mehrmals intervenierten wir beim Regierungsrat, schliesslich mit Erfolg, gegen das kaum mehr begründbare Ausstellen von Gewerbescheinen und gegen die Bussen wegen nicht gestempelten Jasskarten, Quittungen, Verträgen und Plakaten. Alte Zöpfe kamen so nach und nach zum Verschwinden.

Gewässer

Während meiner Amtszeit gab es im Amtsbezirk viele Unwetter mit Gebäudeschäden, anfänglich auch noch an Schindeldächern. Dazu kamen die zahlreichen Überschwemmungen der Langeten und ihrer Seitenbäche sowie des Melchnauer Dorfbaches. Der Regierungsstatthalter hat dann in

Funktion zu treten, wenn mehrere Gemeinden stark betroffen sind, wie etwa am 30. August 1975 beim gewaltigen Langeten-Hochwasser, als zur Hilfeleistung und später für Wiederherstellungsarbeiten Militär angefordert werden musste. Anders war es im Sommer 1976, als wegen grosser Trockenheit die Wasserentnahme aus allen Oberflächengewässern für die land- und forstwirtschaftliche Bewässerung organisiert wurde. Es standen 38 Motorspritzen mit 22 240 Metern Schläuchen im Einsatz.

Die periodische Inspektion der unter öffentlicher Aufsicht stehenden Gewässer brachte lange Zeit viel Ärger, weil die Weisungen zur Behebung der beträchtlichen Schäden und der liederlichen Verbauungen kaum je beachtet wurden. Nach und nach wurden dann verschiedene Schwellengenossenschaften gebildet, und am denkwürdigen 1. September 1980 konnte nach langwierigen und nervenaufreibenden Vorarbeiten der Hochwasserschutzverband unteres Langetental gegründet werden. Meine Aufgabe war es damals, den Gründungsausschuss sowie den Unterausschuss Finanzen zu präsidieren.

Recht oft führten *Gewässerverschmutzungen* zu Strafanzeigen. 1986 entdeckten wir in einem Betrieb ein Chemielager mit rund 3000 Tonnen Agrochemikalien, ohne jegliche Absicherung im Fall eines Brandes oder einer Versickerung. Unsere Intervention führte zum Abtransport der gefährlichen Stoffe.

Strafvollzug und Gesundheitspolizei

Inspiziert wurden periodisch die *Bezirksarchive* und das *Gefängnis*. Unter anderem wurde auf vermehrten Brandschutz gedrängt. Zeitraubender wurde im Verlaufe der Jahre auch der *Strafvollzug*. 1988 hatten wir für den Vollzug von 122 Haft- oder Gefängnisstrafen und 61 Bussenvollstreckungen zu sorgen. Halbgefangenschaft, Begnadigungs- und Strafaufschubgesuche sorgten für zusätzliche Arbeit.

Auf dem Regierungsstatthalteramt musste auch über die *Wildverwertung* abgerechnet werden. Kaum glaublich wurden 1966 gemeldet: 199 Rehe, 7 Hasen, 3 Fasane, 2 Füchse, 1 Steinmarder und 1 Dachshund. Gründe bei den Rehen: 101 verunfallt, 39 krank, 25 Hegeabschüsse, 15 durch Jäger angeschossen, 2 Genickbrüche, 13 vermählt und 4 von Hunden gerissen. Mehrmals trat *Maul- und Klauenseuche* auf. Im Jahr 1965 betraf es 49 Betriebe mit 43 weiteren Sperren wegen Kontakten. Geschlachtet wur-

den 652 Stück Rindvieh, 690 Schweine, eine Ziege und 30 Schafe. Wegen Widerhandlungen gegen seuchenpolizeiliche Vorschriften wurden 39 Strafanzeigen eingereicht. Im Zusammenhang mit der bestehenden Unsicherheit hatten wir schätzungsweise 600 telefonische Anfragen zu beantworten.

Polizeibehörde

Der Regierungsstatthalter hat bei *Bedrohung der öffentlichen Sicherheit* die erforderlichen Anordnungen zu treffen. Bombendrohungen haben uns mehrmals beschäftigt, unter anderem auch während eines von mir gehaltenen Vortrages im Gasthof «Zum wilden Mann» in Aarwangen. Aber nur in zwei Fällen liessen wir die betroffenen Lokalitäten räumen und mit Hilfe von Feuerwehrangehörigen bewachen. Publizität versuchten wir immer zu verhindern.

Einen besonderen Entscheid traf ich am 21. Februar 1957. Ich erliess ein *Mensurverbot* gegen schlagende Studentenverbindungen für die Gasthöfe «Kaltenherberge» und «Gutenberg-Bad», gestützt auf Artikel 131 des Strafgesetzbuches und gastwirtschaftliche Vorschriften.

Bei *Demonstrationen* besteht immer die Möglichkeit, dass es zu Gewalttätigkeiten kommt, besonders wenn sich Randalierer unter die Demonstranten mischen. Die Überwachung erfolgt im Einvernehmen mit der Polizei durch den Regierungsstatthalter. Am Pfingstmontag 1979 gab es eine grosse Demonstration der AKW-Gegner in der Nähe des Kraftwerkes Bannwil. Es war ein bunt gemischtes Völklein, darunter auch etwa 70 harmlose Nudisten. Das beste war doch wohl, sie gewähren zu lassen, auch wenn Bauern beim Heuen als Novum vorerst Kleider wegtragen mussten. Weitere gleichgerichtete Demonstrationen führten am 1. Januar 1980 und am 21. März 1981 nach Graben.

Am 28. November 1987 wurde in Langenthal eine schlecht besuchte «Antirassistische Demonstration» durchgeführt. Langenthal wurde damals böartig und zu Unrecht als rassistisches Zentrum verschrien, wobei von Ausländern nie eine Anzeige eingegangen war. Eingehende Untersuchungen in Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei bestätigten die Haltlosigkeit der Behauptungen. In einem Bericht an den Regierungsrat haben wir festgestellt: «... dass im Komitee ein Journalist mitgearbeitet hat, der es verstand, ein Flüchtlingsproblem zu konstruieren und die angebli-



Emil Schaffer mit Gattin Marie. Bild Langenthaler Tagblatt.

chen Vorfälle aufzubauschen. Es gelang ihm anscheinend leicht, Radio und Fernsehen zu mobilisieren. Dies bewirkte, dass Langenthal als Fremdenhasserdorf dargestellt wurde; eine bedauerliche Verantwortungslosigkeit!» Bei der Demonstration kam es im übrigen zu keinen Ausschreitungen.

Allerhand Menschen

Der Regierungsstatthalter hat der Bevölkerung mit *Rat und Tat* zur Seite zu stehen. Von dieser Möglichkeit wurde laufend Gebrauch gemacht,

nicht nur im Büro, sondern auch bei anderen Gelegenheiten. Wenn ich nicht zu Hause war, hatte sich auch meine Ehefrau mit Ratsuchenden zu befassen. Noch heute sucht man bei mir um Ratschläge nach.

Gross war immer die Zahl von Einladungen zu Anlässen, z.B. im Jahr 1973 deren 48. Dazu kamen recht viele Vorträge. An Amtseinsetzungen von Pfarrern nahm ich gerne teil, denn Staat und Kirche müssen im gegenseitigen Interesse zusammenarbeiten. Der Staat braucht nicht nur demokratisch, sondern auch ethisch verantwortliche Bürgerinnen und Bürger. Am 10. Januar 1957 mussten wir mit Gemeindevertretern die Verteilung von 54 ungarischen Flüchtlingen organisieren.

Ich kam mit den verschiedenartigsten Menschen in Berührung, vor allem vielen, die sich in ihrem Leben nicht gut zurecht fanden. So besuchte uns längere Zeit alle zwei Monate ein Mann, der nach seiner Auffassung als Mitglied der Arbeiter- und Bauernpartei als Chef des Militärdepartementes in den *Bundesrat* gewählt worden war. Er hatte immer die gleichen zwei Anliegen: Wir sollten dafür sorgen, dass ihm seine Rente ausbezahlt werde und dass er endlich seinen Siegerpreis von den Schiessweltmeisterschaften in Paris erhalte. Uns blieb jedesmal kein anderer Ausweg als die Zusicherung, uns für ihn einzusetzen.

Bei einem Alkoholiker ging es um ein *Alkoholverbot*. Nach der Einvernahme machte ich wie gewohnt einen Hausbesuch. Seine Frau war allein zuhause. Auf dem Rückweg traf ich ihn unterwegs, schwankenden Ganges, und brachte ihn nach Hause. Dabei erzählte er mir, er sei beim Regierungsstatthalter vorgeladen gewesen, aber der habe ihn nicht erwischt. Dieser wisse auch nichts davon, dass er ein erfolgreicher Wilderer sei. Thema Wilderer: Ohne Kommentar und anonym wurde uns einmal ein Betrag von Fr. 300.– überwiesen für Rehe und Hasen, die dem reuigen Sünder anscheinend in die Quere gekommen waren.

Ein alkoholsüchtiger Mann, der wegen begangener Einbrüche oder dann wegen seinem *liederlichen Lebenswandel* lange Zeit in seinem Leben in Gefängnissen oder Enthaltungsanstalten sass, sagte mir einmal einsichtig, er möchte sich auch nicht Vormund sein. Statt einer erneuten Anstaltseinweisung konnte er versuchsweise vom Gefängnis aus arbeiten gehen. Als es gut ging, mietete er ein Zimmer, aber wie es wohl kommen musste, wurde er stockbetrunken aus der Langeten gefischt. Er hatte Glück und konnte bei einer angeblich schwerreichen achtzigjährigen Witwe im Kanton Graubünden eine Stelle als Landschaftsgärtner antreten. Aber

plötzlich war er wieder da, nachdem er wieder zu tief ins Glas geguckt hatte. Seine Ausrede: Seine Arbeitgeberin habe im Bett soviel von ihm verlangt, dass er sich mit Alkohol habe stärken müssen.

Der Gemeindegassier einer kleinen Gemeinde bewahrte immer viel «Münz» auf. Als ich seine Frau danach fragte, sagte sie mir, er leere jeden Sonntagmorgen das Geld auf den Tisch und wühle dann genüsslich darin herum.

Eine Frau fühlte sich ferngesteuert als Medium. Plötzlich erschien sie im Hochzeitskleid und wünschte, dass wir den Bräutigam, einen verheirateten Prediger, herbeirufen. Sie begriff letztlich, dass es mit der Heirat nichts sei. In ihren folgenden Briefen hatte ich die Ehre, immer als «Seelenmörder» bezeichnet zu werden.

Zwei Einweisungen in Psychiatrische Kliniken sind mir speziell in Erinnerung geblieben. Bei der einen ging es um einen Psychopathen, welcher seiner Ehefrau öfters ein Küchenmesser nachwarf und sie dabei auch verletzte. Nachdem eine Besprechung zu nichts geführt hatte, erfolgte die Einweisung. Zu meiner Überraschung bezeichnete ihn der Psychiater nicht als gefährlich, aber der Klinikaufenthalt hatte immerhin positive Nachwirkungen. Beim andern Fall handelte es sich um einen Mann, der in den ersten Morgenstunden in geistiger Verwirrung durch seinen Kittel schoss und behauptete, er sei angeschossen worden. Er habe zudem den Drang, jemanden umzubringen. Nach dem Klinikaustritt sagte er mir, sei es ihm eigentlich darum gegangen, einmal das ganze Verfahren der Verhaftung und Begutachtung durchzuspielen.

Auf eidgenössischem Parkett

Die Regierungsstatthalter werden immer wieder zur Mitarbeit in verschiedenen Institutionen eingeladen, in der Annahme, mit ihren umfassenden Kenntnissen seien sie wertvolle Ratgeber. Auf die Tätigkeit in zahlreichen Expertenkommissionen sei aber hier nur hingewiesen.

Ein Mandat bescherte nebst viel Arbeit besonders viele Erkenntnisse und wertvolle Kontakte: Bis zum Jahr 1979 sass ich 19 Jahre für die Sozialdemokraten im *Nationalrat*, dies dank guten Stimmenzahlen in den Landesteilen Oberaargau und Emmental. Es bestand die Möglichkeit, mich nebst regionalen Problemen mit Aufgaben zu befassen, bei denen man

dank beruflicher Kenntnisse weiss, wie sich die erlassenen Vorschriften in der Praxis auswirken werden.

Mit einfachen Anfragen gelang es mir, *regionale Probleme* zu aktualisieren und zu erreichen, dass der Bundesrat Einfluss auf entsprechende Anliegen nehmen musste. Zweimal erkundigte ich mich über den Stand der Planungsarbeiten bei der Gesamtkonzeption der PTT-Betriebe in Langenthal, setzte mich mit Erfolg für bessere Schnellzugsverbindungen zwischen Langenthal und Bern ein und intervenierte für die Verbesserung des Regionalverkehrs. Weiter verlangte ich Auskunft über die Schnellbahn (NHT) zwischen Olten und Bern und nicht zuletzt über das vorgesehene, umstrittene Kernkraftwerk Graben, vor allem im Hinblick auf die Landschaftsverträglichkeit und heikle Grundsatzfragen im Zusammenhang mit der Kernenergie. Aus beruflichen Erfahrungen heraus befasste ich mich mehrmals mit der Förderung des staatspolitischen Interesses, dem alten Zopf der Kantonsverweisung, der Revision des Vormundschaftsrechts, einer vermehrten Bekämpfung des Alkoholismus, rechtlich besser abgestützten Internierungsmassnahmen bei Verwahrlosten, Geistesgestörten und Gemeingefährlichen, einem besser fundierten Straf- und Massnahmenvollzug sowie der wirtschaftlichen Strukturpolitik und der demografischen Entwicklung usw.

Von besonderer Bedeutung in meinem Leben war dank der parlamentarischen Tätigkeit das freundschaftliche Verhältnis zu Bundesrat *Willi Ritschard*. Wir hatten ja ungefähr die gleiche Postur und geistig die gleiche Wellenlänge. Freude herrschte jeweils am Rumiweg, wenn uns der populäre Bundesrat mit seiner Frau Greti besuchte.

Im Rückblick kann ich feststellen, dass ich einen interessanten Beruf ausüben durfte, der mir wohl viel Arbeit, aber kaum je unangenehme Erlebnisse bescherte. Besonders wertvoll war, dass ich vielen Leuten behilflich sein konnte und viele lebenswerte Mitmenschen kennenlernen durfte.